

Ausgewählte Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Demokratiefeerne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf“ (präsentiert von Andrea Metzner)

Im November 2017 wurden im Rahmen des Forschungsprojekts 2000 Fragebögen an zufällig ausgewählte Bewohner_innen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf verschickt. In den Fragen ging es vor allem um die Themen Haltung zur Demokratie (als Ideal), Zufriedenheit mit der Umsetzung des Demokratieideals, politisches und soziales Engagement, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die Haltung zum Bezirk. 363 ausgefüllte Fragebögen wurden zurückgesandt. Im Fragebogen wurde aufgerufen, sich auch für vertiefende Interviews zur Verfügung zu stellen. Im Anschluss konnten 30 narrative Interviews geführt werden, in denen nicht nur nach der Haltung zur und Wahrnehmung von Politik (lokal, bundesweit), zu Erfahrungen mit Ämtern und Behörden und zur eigenen politischen Beteiligung gefragt wurde, sondern auch den Lebensgeschichten der Befragten Raum gegeben wurde.

Das Ideal der Demokratie wurde im Fragebogen als ein politischer Raum definiert, in dem alle Menschen die Möglichkeit haben, sich politisch zu beteiligen, Entscheidungen sich nicht gegen einzelne Bevölkerungsgruppen richten und politische Macht ablösbar ist. Über drei Viertel (76,2 %) der Befragten stimmen diesem Ideal der Demokratie voll oder eher zu. Mit der aktuellen Umsetzung des Demokratieideals ist aber nur gut ein Drittel (36,1 %) zufrieden (voll oder eher).

Die Bürger_innen wurden weiterhin nach ihrem politischen Engagement gefragt. Fast ein Viertel (23,7 %) der Befragten engagiert sich zumindest teilweise in einer Partei, einer Gewerkschaft oder einer religiösen Gemeinschaft. Immerhin 12,6 % der Befragten engagieren sich in Bürger_inneninitiativen. Die Hälfte (49,9 %) nimmt an Demonstrationen oder Kundgebungen teil, wenn ihnen etwas wichtig ist. Über die Hälfte (55,4 %) ist grundsätzlich bereit, sich zu engagieren.

Im Anschluss an die Auswertung der Fragebögen hat das Forschungsteam die Befragten in Demokratiegruppen eingeteilt, die sich hinsichtlich ihrer Haltung zum Demokratieideal, ihrer Zufriedenheit mit dessen Umsetzung und ihres Engagements unterscheiden.

Diese vier Gruppen sind:

- **Zufriedene Demokrat_innen:** Sie befürworten das Ideal der Demokratie und sind mit der Umsetzung dieses Ideals voll oder eher zufrieden. Diese Gruppe macht gut ein Viertel (27,2 %) der Befragten aus.
- **Demokratiedistanzierte** stimmen dem Demokratieideal nur mit Abstrichen zu. Knapp ein Viertel (24,0 %) der Befragten ist demokratiedistanziert. Wichtig: Demokratiedistanzierte Bürger_innen sind nicht mit Demokratiefeinden gleichzusetzen.
- Menschen, die zwar das Ideal der Demokratie befürworten, aber mit der derzeitigen Umsetzung bestenfalls teilweise zufrieden sind, gehören zu den **kritischen Demokrat_innen**. Diese werden nochmals in **kritisch-politische** (interessieren sich für Politik und sind mindestens etwas engagiert) und **kritisch-unpolitische Demokrat_innen** (politisch weniger interessiert und/oder kaum/gar nicht engagiert) unterteilt. Kritisch-politische Demokrat_innen bilden mit 30,9 % die größte Gruppe, kritisch-unpolitische die kleinste (17,9 %).

Diese Gruppen wurden hinsichtlich ihres demokratischen Alltagslebens betrachtet, also hinsichtlich ausgewählter Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und hinsichtlich ihres Konflikt-

und Kommunikationsverhaltens. Dabei zeigte sich, dass es in allen Demokratiegruppen ablehnende Haltungen gegenüber bestimmten Menschengruppen gibt, dass sie aber oft bei den kritisch-unpolitischen Demokrat_innen und den Demokratiedistanzierten stärker ausgeprägt sind.

Insgesamt 58,5 % finden, dass es in Deutschland zu viele Muslime gibt. Fast die Hälfte (47,9 %) sehen „unsere gewohnte Lebensweise“ durch Geflüchtete bedroht; 57,1 % finden, dass Geflüchtete zu hohe Sozialleistungen erhalten (jeweils mindestens teilweise).

Nahezu alle Befragten stimmen zu, dass Männer und Frauen die gleichen Rechte und Chancen haben sollen (97,9 % volle oder eher Zustimmung). Ablehnende Haltungen gegenüber homosexuellen und/oder trans* Menschen ebenso wie Antisemitismus sind zwar durchaus vorhanden, aber im Vergleich mit anderen Studien eher unauffällig.

Die Ergebnisse zum Konflikt- und Kommunikationsverhalten zeigen, dass eine gute Basis für ein inklusives Gemeinwesen besteht. Die meisten Befragten setzen in Konfliktsituationen auf Argumente (86,8 % volle/eher Zustimmung), versuchen in Diskussionen allen zuzuhören (90,4 %) und können akzeptieren, dass andere Menschen andere Ansichten haben (89,6 %)

Den meisten Befragten gefällt es im Bezirk (78 %). Gleichzeitig erleben sie, dass Marzahn-Hellersdorf kein gutes Image hat. Die Mehrheit hat schon persönlich negative Reaktionen auf den Bezirk erfahren (mindestens teilweise, 80,6 %) und erlebt, dass der Marzahn-Hellersdorf in den Medien falsch dargestellt wird (mindestens teilweise, 90,1%).

In den vertiefenden Interviews zeigte sich, dass sich viele Menschen mehr aktive Einladung zu politischer Partizipation wünschen. Oft berichten die Interviewpartner_innen, dass sie vom politischen Geschehen auf Bezirks- und Bundesebene nicht viel erfahren.

Die meisten Interviewten haben eine ostdeutsche Biographie (27 von 30), sind also in ihrer Sozialisation auch durch ihr Leben in der DDR, die Wende- und Nachwendezeit geprägt. Diese Erfahrungen wirken sich sehr unterschiedlich auf die Befragten aus.

Aus diesen und weiteren Ergebnissen des Forschungsprojekts ergeben sich Handlungsempfehlungen an die Politik, Verwaltung aber auch an die aktive Zivilgesellschaft.

Handlungsempfehlungen für Politik und öffentliche Verwaltung (präsentiert von Stefan Komoß)

1. Die Haltungen zur Idee der Demokratie und zur aktuellen Umsetzung dieses Ideals lassen sich in Gruppen unterscheiden. Demokratiedistanzierte Einstellungen sind differenziert zu betrachten. Von Pauschalisierungen ist dabei abzusehen und es ist nach Motivlagen zu unterscheiden.
2. Die Gewährleistung von Sicherheit in unterschiedlichen Lebenssituationen ist für die Befragten von zentraler Bedeutung.
Sicherheit ist weit zu verstehen und umfasst von der Beleuchtung öffentlichen Straßenlandes über die Unversehrtheit von Leib und Leben bis zum Schutz von Eigentum eine breite Palette von Erwartungen. Politik und öffentliche Verwaltung müssen demokratische Antworten auf diese Sicherheitserwartungen geben.
3. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Bezirks ist sehr unterschiedlich. Die unterschiedlichen Bedürfnisse von Bewohner_innen in unterschiedlichen sozialen und geographischen Lagen müssen bei politischen Maßnahmen und in der Kommunikation berücksichtigt werden.
Zwar spielt die Angst vor Arbeitslosigkeit für die Befragten hier seltener eine Rolle (über 87 % sagen, dass sie keine Angst haben, arbeitslos zu werden oder unfreiwillig die Stelle wechseln zu müssen) – was auch der aktuell guten wirtschaftlichen Lage zuzuschreiben zu sein mag – jedoch haben viele Befragte Erfahrung mit Arbeitslosigkeit (über die Hälfte war einmal oder mehrmals arbeitslos, fast ein Drittel war insgesamt mehr ein Jahr arbeitslos). Diese Erfahrung kann zu Unsicherheit, Resignation und Rückzug führen. Das zeigt sich auch in mehreren Interviews. Deshalb ist kommunal- und landespolitisch ein Schwerpunkt von Politik auf die Vermeidung und Verkürzung von Arbeitslosigkeit zu legen. Hier zeigt sich, dass die Förderung demokratiefreundlicher Einstellung mit klassischen Politikangeboten der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verbunden werden sollte.
4. Verständnis für demokratiefeindliche Einstellungen und politische Bildungsarbeit beginnt damit, den Menschen zuzuhören und sie - insbesondere mit ihren Ängsten - wahrzunehmen und zu respektieren.

Dabei gilt es sich von demokratiefeindlichen Haltungen klar und deutlich zu distanzieren und demokratiefernen Einstellungen, z. B. Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit verschiedenen Maßnahmen entgegen zu wirken.
5. Es sollten praxisnahe Veranstaltungen wie Stadtteilkonferenzen oder Bürgerforen angeboten werden, die darauf abzielen, den Bürgerwillen zu erfahren und auf ihn einzugehen.
6. Grundsätzlich ist die Mehrheit der Befragten engagementbereit (55,4%). Tatsächlich aktiv werden nicht so viele (z. B. 23,7 % in Partei, Gewerkschaft oder religiöse Gemeinschaft; 12,6 % Bürgerinitiative). Grundsätzlich sollten Menschen, die sich aktuell nicht beteiligen wollen oder können, die Tür zur aktiven politischen Beteiligung jederzeit offengehalten werden. Ein „inklusives Wir“ ist so zu gestalten, dass möglichst wenig Hindernisse (z. B. Uhrzeit, Barrierefreiheit, familiäre Belastungen) berücksichtigt werden,

Einladungspolitiken, Sprache, etc.) bestehen und dass ein Einstieg in das Engagement jederzeit möglich ist, wenn sich die Engagementbereitschaft von Menschen ändert. Grundsätzlich sollen und wollen Bürgerinnen und Bürger aktiv eingeladen und abgeholt werden.

7. Fast die Hälfte der Befragten (49,7 %) ist zumindest teilweise von den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Agenda 2010 negativ betroffen. Hier gilt es, diese negativen Auswirkungen zu berücksichtigen (z. B. Sanktionen und deren Androhungen im Kontext vom ALG 2), auch wenn politisches Engagement auf lokaler Ebene scheinbar keinen Einfluss darauf hat. Es ist möglich, sich lokal für Veränderungen auf landes- und bundespolitischer Ebene einzusetzen und gleichzeitig ein Miteinander zu organisieren, welches Benachteiligungen berücksichtigt und Schwächere solidarisch unterstützt.
8. Initiierte politische Maßnahmen müssen zügig umgesetzt und vor allem erkennbar realisiert werden. Politische Antworten auf die Erwartungen der Bürger_innen dauern aus deren Sicht viel zu lange, um als Lösungsbeitrag anerkannt zu werden. Auch fordern die Bürger_innen mehr Transparenz beziehungsweise eine bessere Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen.
9. Politische Mandatsträger und Vertreter der öffentlichen Verwaltung sind gefordert, in einfacher Sprache komplexe Situationen zu erklären. Zudem sollten sie mehr Geh-Struktur entwickeln, weniger Komm-Struktur, denn Angebote und Information allein reichen nicht aus, Menschen zu erreichen. Menschen sind sehr aufgeschlossen, wenn sie aufgesucht werden.
10. Die Zufriedenheit mit dem Wohnort Marzahn-Hellersdorf ist auffällig. Den Befragten gefällt es zu 78 Prozent gut oder sehr gut im Bezirk Auf diese Zufriedenheit kann Kommunalpolitik mit der Förderung eines integrativen Wir-Gefühls aufbauen.

Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche Akteure (präsentiert von Heinz Stapf-Finé)

- Sogenannte „junge Alte“ sind durch freiwerdende zeitliche Ressourcen möglicherweise für soziales und politisches Engagement im Bezirk zu gewinnen.
- Projekte sind meist sehr lokal und temporär angelegt. Durch langfristige und verlässliche Strukturen wird es Bürger_innen ermöglicht, sich auf Engagement einzulassen
- Das Gefühl der allgemeinen Zufriedenheit kann auch durch freiwilliges Engagement gesteigert werden. Laut dem Deutschen Freiwilligensurvey 2014 ist „Spaß haben“ das häufigste Motiv, sich freiwillig zu engagieren. Nahezu alle Befragten (93,9 % volle oder eher Zustimmung) beteiligen sich aus diesem Grund, gefolgt von „mit anderen Menschen zusammenkommen“ (82,0 %) und dem Wunsch, die Gesellschaft mitzugestalten (81,0 %). (Müller et al., 2017, S. 419ff).

Weiteres Vorgehen (präsentiert von Heinz Stapf-Finé)

Bei den persönlichen Interviews wurde deutlich, dass viele Menschen sich fremd fühlen im eigenen Gemeinwesen. Das hat mit unterschiedlichen Erfahrungen je nach Generation zu tun. Die älteren Kohorten erlebten in Folge der Wende Entlassung, Vorruhestand und die Entwertung persönlicher Qualifikationen, aber auch Elitentausch. Die Jüngeren wuchsen in einer Umgebung zunehmender Entsolidarisierung auf. Daher ist es nicht weiter verwunderlich, dass es insbesondere gegenüber politischen Organisationen eine verbreitete Skepsis gibt, da sie als fremdbestimmt erlebt werden.

Dennoch ist ein großes Potential für Engagement zu erkennen. Die Menschen haben eine hohe Sensibilität für das Problem der sozialen Ungleichheit. Zudem neigen Menschen mit ostdeutscher Biografie nicht so sehr wie die Westdeutschen zur politischen Positionierung. Vielmehr spielt die Praxisorientierung des politischen Handelns, vor allem in der Nachbarschaft, eine große Rolle.

Hier setzt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützte Forschungsprojekt „Demokratieferne Auffassungen in einer Kommune als Herausforderung für sozialräumliche Demokratieentwicklung“ an, das das Forschungsteam der ASH Berlin bis März 2020 durchführen wird. Es macht den Versuch, die in diesem Projekt gewonnenen Erkenntnisse vor Ort umzusetzen.

Am 5.4. findet um 18 Uhr im Audimax der ASH Berlin ein Bürgerforum statt. Es ist der Einstieg in eine Reihe von Veranstaltungen, in denen gemeinsam mit den Bürger_innen neue Formen der politischen Beteiligung entwickelt werden. Die Bürger_innen können sich mit ihren eigenen Standpunkten und Themen in die Politik einbringen.

Drei Akteure prägen die partizipative Struktur hin zu einem inklusiven Wir: Zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch Einzelpersonen, die sich treffen und Themenschwerpunkte setzen, die weiter bearbeitet werden sollen; das Forscherteam der ASH Berlin, das den Prozess anschiebt und beratend zur Seite steht; und schließlich Politik und Verwaltung, welche ihre Erfahrungen und Zuständigkeiten einbringen. Es wird eine Art Entwicklungsplan herausgearbeitet, der durch alle Beteiligten umgesetzt wird.

Ein weiterer Schwerpunkt werden Schulen und Kitas sein. Möglicherweise ist hier der Unterschied zwischen Theorie („Demokratie ist wichtig“) und Praxis (wird Demokratie gelebt?) noch sehr groß. In Gesprächen mit Erziehenden, zu Erziehenden und deren Eltern soll herausgefunden werden, welche Handlungsbedarfe bestehen, um Demokratiebildung und -erleben zu fördern.

Forschungsprojekt „Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf (DEFA)“

Projektlaufzeit: 15.03.2017 bis 31.12.2018

Projektleitung: Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé, Prof. Dr. Michael Brodowski

Mittelgeber_innen: Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, Friedrich Ebert Stiftung